

11. d. ltere, dbar, ferdo, ch., be, Pferde, zum Ver, Halle a., sport, chye, rkshire, brigawich, in Ausst., tit bei Gr, dancell, folien., r.) Landbe, rath., Station, schen: steine, traße 18, gut, stoffeln, and franco, naty, raat, r., raat, ls a. C., unen, der, Geräth, uer Geräth, scheller, reber, teret-Geräth, drahe 23.

1899  
für Halle und Umgegend 2.50 Mark.  
bera die Post bezogen 2 Mark für das Dienstjahr.  
Die halbjährige Zahlung richtet nach dem halbjährigen Postamt.  
Gratis-Beilagen:  
Mitteltägige Unterhaltungsblätter, Besondere Genüsse,  
Ereignis-Beilagen, wöchentliche Beilagen,  
Mitteltägige Besondere Nachrichten für den Saalekreis,  
Kunst, Botanik, 2. Sammelheft (Jahrg. 1. u. 2. Preis, 20 Pf.)

Mitteltägige Beilagen  
für die fünfgrößten Zeitungsblätter von dem Sam-  
stag für Halle 15 Pfenning, für 20 Pfenning,  
Kellern am Samstag von reaktionären Kreis die Halle  
40 Pfenning.  
Anzeigen-Annahme bei der Expedition an allen Wochentagen  
Ergebnisse.  
Gesprächspreise: Halle, Leipzig, Magdeburg,  
Leipzig Nr. 128.

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Jr. 67. — Jahrg. 192. Halle a. S., Donnerstag 9. Februar 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Verleger: Hermann Borchers, Berlin SW., Grenadierstr. 2.

### Deutsches Reich.

**Der Kaiser** verbrachte den Nachmittag des Dienstag um 4 1/2 Uhr ab im Schloß Monbijou. Zur Abendgesellschaft bei den Majestäten waren geladen die Kommandeure der Leibregimenten 1. und 2. Oberstleutnant von Wapart und von der Schulenburg; später zum Theil noch General von Mühlde, General von Sommerfeld und Generalarzt Professor Dr. von Bergmann. — Gestern Morgen von 9 Uhr ab hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Zivil-Kabinetts, Wirklichen Geheimen Rathes Dr. von Lucanus. Hierauf empfing Sr. Majestät den sberredlichen Feldmarschall Leutnant Freiherrn Maloney von Maloney. Gegen 11 Uhr besichtigte der Kaiser sich nach dem Gorneswald zur Kirche zu begeben.

**Ueber das Schicksal des Prinzen Georg von Preußen** werden widersprechende Nachrichten verbreitet. Wie von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, fühlte sich der Prinz infolge anhaltender Appetitlosigkeit seit 14 Tagen recht matt, so daß außer dem behandelnden Arzte, Sanitätsrath Dr. Kromer, Professor Henvers konsultirt wurde. Sein Zustand hat sich inzwischen jedoch wesentlich gebessert. Willigheit für die Prinz nicht gewien. Von einer Gefahr war erstlichensichtens demials nicht die Rede, wenn sich auch die Befürchtungen des Kaisers bei dem fast 70-jährigen hohen Herrn ziemlich stürblich machen.

**Staatssekretär v. Pöhlert** wird sich am Freitag nach Bremen begeben, um an der Schiffsmaschine theilzunehmen. Aus diesem Anlaß werden ferner auch der Direktor der Kolonialverwaltung des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Legationsrath Dr. v. Buch, und der Wirkl. Geh. Postdirektor Krause in Bremen anwesend sein.

**Das Verbot** des Auftrags in Neapeln befindlichen Konsulats von Seiden-Abfällen, Chef des Marine-Kabinetts, hat sich erheblich gebessert; Herr von Seiden dürfte Anfang Mai in sein Amt zurückkehren.

**Neue Regierungspräsidenten.** Preussische Blätter melden, daß die Ernennung des Vizepräsidenten Dr. Dienke in Breslau zum Regierungspräsidenten in Königsberg, an Stelle des Herrn von Tschischow, bei der gleichzeitigen Amtseinführung nach Sachse verlegt wird, unmittelbar bevorsteht. In den letzten Tagen wurde in der Centrumspresse die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß der Nachfolger des am 1. d. M. in den Ruhestand getretenen Regierungspräsidenten Hepp in vier ein Rathhof sein würde. Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden, denn zum Regierungspräsidenten in Eriar ist, wie schon gemeldet, der Oberpräsident Dr. Guand zur Redden in Koblenz ernannt worden. Herr zur Redden ist evangelisch, doch wird sich, wie die „M. Z.“ meint, das Centrum damit zufriedener machen geben, da gleichzeitig ein Rathhof zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt worden ist, der Geh. Regierungsrath und Landrath Kunz Fröhner v. G. v. G. Die Stellung in Koblenz ist bekanntlich dadurch frei geworden, daß der Regierungspräsident v. Troitz zu Solz von dort nach Kassel versetzt worden ist, um dort die Stelle des kürzlich verstorbenen Grafen Clairon v. Dausouville einzunehmen.

**Nachdem der Bundesrath** in letzter Zeit mehrere Vorlagen an den Reichstag hat gelangen lassen, werden andere Gegenstände vom Bundesrath dem Reichstag entgegengeführt. Das Fleischbeschaugesetz und noch einige Postvorlagen sollen demnächst im Plenum auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Novelle zur Gewerbeordnung betreffend den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe wird später dem Bundesrath zu beschließen haben, da noch nicht alle verbindlichen Regierungen ihre Gutachten über denselben abgegeben haben.

**Das Staatsministerium** trat gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenhausen zu einer Sitzung zusammen.

**Aus den Berathungen der Vertreter deutscher Versicherungsanstalten** zu Eisenach ist noch weiter zu erwähnen, daß bezüglich der Aufsicht des Staates die Bestimmungen der Reichstagsvorlage als zu weitgehend abgelehnt wurden und Gleichstellung mit den Städten, Kreisen und Gemeinden gefordert wurde. Weitere Beschlüsse betreffen den Grundbetrag der Invalidität, die Erhöhung der Altersrenten, die für ungewöhnlich erklärt wurde, die obligatorische Entwertung der Marken, die Gültigkeit der Quittungskarten und die Uebergangsbestimmungen.

**Obwohl** wie die Versicherungsanstalten von Jahr zu Jahr immer mehr Sorgfalt auf die Uebernahme von Unfallverletzungen in das eigene Selbstverfahren verwenden, haben die Versicherungsanstalten von Jahr zu Jahr größere Kosten des Selbstverfahrens zu verzeichnen gehabt. Während in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die Kosten des Selbstverfahrens bei den Versicherungsanstalten verschwindend gering waren, betragen sie im Jahre 1895 rund 600 000 Mk. und 1897 gar schon das Dreifache dieser Summe, 1,8 Millionen Mark. Es ist fraglich, ob das, falls die auf des Selbstverfahrens

bestimmungen des dem Reichstages vorliegenden Invalidenversicherungsentwurfs Gesetz werden sollten, diese Kosten weitere erhebliche Steigerungen erlitten würden. Die gelegentlichen Aufwendungen würden aber sicherlich in Zukunft auch zu einer Verminderung der Rententafel führen, ebenso wie dies bei der Unfall-Versicherung schon zu beobachten gewesen ist.

**In Bezug auf die Gefangenen-Transporte** hat der Minister des Innern jüngst eine Verfügung erlassen, die durch die in letzter Zeit im Gefangenentransportwesen vorgekommenen erheblichen Mängel (Unzuverlässigkeit der von den Ortsbehörden gestellten Civiltransporter) veranlaßt worden ist. Es soll künftig von Seiten der Aufsichtsbehörden ausdrücklich darauf binzwirkelt werden, daß die Ausführung von Transporten nur zuverlässigen Personen übertragen wird. Zu diesem Zwecke soll dafür Sorge getragen werden, daß die künftigen Behörden, denen die Stellung der Transporter obliegt, mit nichteren und zuverlässigen Personen einen Vertrag schließen, nach welchem diese die Ausführung der vorkommenden Transporte ein für alle Mal übernehmen. Ist dies nicht zu erreichen, so sollen die örtlichen Behörden in jedem einzelnen Fall bei der Auswahl der Civil-Transporter die Zuverlässigkeit der in Betracht kommenden Personen mit der durch ihre Amtspflicht gebotenen genauesten Aufmerksamkeit prüfen. Diejenigen Behörden, welche es hierbei oder bei Nichtschluß eines allgemeinen Vertrages an der erforderlichen Gewissenhaftigkeit fehlen lassen, sollen auf die ihnen in dieser Beziehung obliegende Verantwortung ausdrücklich und gewissen Falls im Disziplinarwege hingewiesen werden. Sind aber in einem Bezirk oder auf dem einen noch auf dem andern Wege zuverlässige Transporter zu erlangen, so sollen die Transporter durch Gefängnis- und Polizeibeamte, Schutzeleute oder Gendarmen begleitet werden, auch wenn hierdurch höhere Kosten entfallen. Die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Transporte soll Rest in erster Linie im Auge behalten werden.

**Der Bund der Landwirthe** hat beschlossen, eine Klärung der Preussensfrage herbeizuführen. Die Bundesleitung hält es für unabweisbar notwendig, die Stimme der praktischen Erfahrung um so mehr zur Geltung zu bringen, als sich neuerdings unerwünschte Politiker in die Angelegenheit mischen.

**Zur lex Arons** schreibt die „Frfr. Ztg.“ gegenüber dem letzten mitgetheilten officiellen Dementi: Unsere Mittheilung bezieht auf Lohndauern. Wir nehmen aus gar keinem Anlaß, diese Befehle mitzutheilen. Als das Privatdosenamt unter dem 17. Juni v. J. publirt war, fand im Kultusministerium die Ansicht fest, gegen Dr. Arons wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei des Disziplinarverfahrens zu eröffnen. Nur sollte für die Verbundung dieser Zugehörigkeit eine gewisse Zahlakte abgearbeitet werden. Diese Zahlakte war da, als im September im Verlage des „Vorwärts“ eine Broschüre von Arons erschien, die auf dem Titelblatt die Worte trug: „Im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei.“ In der That wurde damals die Einleitung eines Disziplinarverfahrens erzwungen. Es wurde aber bedenklich gefunden, die Anlage so ausschließlich und in aller Klarheit auf die bloße Verbundung der Parteizugehörigkeit zu gründen, während der Inhalt der Broschüre als streng sachlich nicht anerkannt werden mußte; es war nicht als eine Uebersicht über die geselligen Bestimmungen, die bei der Landtagswahl zu beobachten sind. Auf den fast beizulegenden Einwand, diese Broschüre hätte in jeder von uns ebenso schreiben können! entschloßen sich die geistlichen Kultusministerien, von einer Verfolgung abzusehen, und der aus Balthasar hergeleitete Minister selbst ließ sprach sich dafür aus, nach geistlicherem Beschäftigungsmaterial zu sündnen.

Darüber erwidert die „M. A. Z.“: Diese Behauptung steht, wie wir in Wiederholung unserer neulichen Dementis bemerken, mit den thatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch, oder deutlicher gesprochen, sie ist von Anfang bis zu Ende unrichtig. Um in unseren Mittheilungen noch etwas weiter zu gehen, als es sonst bei abhängigen Sachen üblich ist: die einleitenden Schritte, welche das Disziplinarverfahren gesetzlich erfordert, sind schon längst erfolgt, und so wird die Frage, ob die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit der Stellung eines Universitätslehrers vereinbar ist, in der durch das gegenwärtige Verfahren gegebenen Zeit ihren endgiltigen Abschluß finden.

**Der sächsische Landfriedensbruch-Prozess.** Die Art, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den sächsische Landfriedensbruch-Prozess zur Agitation benutzte, macht das denkbar größte Aufsehen und die ganze nichtsozialdemokratische Presse macht Front dagegen. Durch Zusammenhaken der Jahre, zu welchen die Expedienten verurtheilt wurden, deren barbarische Verengerung des Bauern unter dem Schloßhau, „Solang ich lebe, den Hund“ jedes Beispiel findet, entsteht die übergehende Presse der Aufgabe gerade abzuwandern, durch welche Einzelhaft jeder der Verurtheilten zu seiner Strafe gelangte. Der Ausschuß der Reichstagsfraktion während der Verhandlung war nicht deshalb beschloßen worden, weil die Gerichtsbehörde eine Beeinflussung der Zeugen durch Einschüchterung befürchtete, es ihr aber im Hinblick auf das nach dem Voruntersuchungsergebnis wahrscheinlich schwere Urtheil ganz besonders darauf ankommen mußte, ein getrunnes Miß der der Anlage zu Grunde liegenden

Worgänge zu erhalten. Uebrigens steht erfreulicherweise die Befriedigung der Urtheilsgründe in nächster Tage bevor. Man kann zwar, wie gefahren schon angedeutet, die Gründe verstehen, welche den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Schlussverhandlung geboten erscheinen ließen, aber angesichts der Agitation ist die schleimige Publikation der Urtheilsgründe ein weiteres Erforderniß. Einmüthig kommt in der besonnenen Presse zum Ausdruck, daß die so schwer verurtheilten Arbeiter sich in erster Linie für ihr Schicksal bei den Sozialdemokraten zu bedanken haben, die nie ein ernstlich labendes Wort gegen diejenigen Arbeiter finden, welche arbeitswillige Genossen unter Androhung von Gewalt und sogar unter Mißhandlungen von der Arbeit abzuhalten suchen. Im Gegentheil sind solche Erpressungen stets als Hebeln gehalten gefeiert worden, und wenn dann Verurtheilungen folgten, so wurden die Verurtheilten in die Martyrrollen eingetragen, die der „Vorwärts“ zu veröffentlichten pflegt. Daß die Arbeiter auf diese Weise geradezu zu Geistesberäubungen aufgehet werden, liegt auf der Hand. Auch jetzt verfährt die sozialdemokratische Presse nach diesem frivolen, die Arbeiterchaft einfach ruinirenden System.

**Ueber die Entwirkung des Zeitungswesens** in Deutschland geht die Begründung zu dem in Neudruck erschienenen Geis, namentlich hiesigen Aufsatz. Nach der preussischen und deutschen Reichspostangelegenheiten betrug die Gesamtzahl der Zeitungen im Jahre 1823: 474, 1863: 2763, 1873: 5579, 1883: 8529, 1893: 10 496 und 1898: 12 101. Im Reichspostgesetz ist die Zahl der Zeitungen seit dem Jahre 1871 von 2761 auf 5713 im Jahre 1897 gestiegen. Zu derselben Zeit hat die Zahl der wöchentlich erscheinenden Abonnementnummern von 117 auf rund 36 Millionen und die Zahl der gebührenpflichtigen Abonnementsnummern sogar von 202%, auf 937 Millionen jährlich erhöht. Während hiernach im Jahre 1871 auf ein Exemplar durchschnittlich 169 Nummern entfielen, betrug die Zahl im Jahre 1897 auf 269.

**In nautischen Kreisen** bereitet die Absicht, beim Reichsanwalt um finanzielle Unterstützung derleiheren und neu zu erwerbenden Deutschen Seemannschaften in Neudruck zu vertheilen. Schon Ende der achtziger Jahre wurde eine ähnliche Eingabe aus Seemannskreisen an den preussischen Handelsminister gerichtet. Seitdem ist das Werk der Seemannschaft immer weiter ausgedehnt worden. Vielfach sind heute mit den Seemannschaften Verträge von wachsenden Beträgen, in letzter Zeit zum Theil durch Anstaltlichen zusammengebrochen.

**Der „Deutsche Hühner-Verein“**, der die Vertretung der gekümmten Interessen der deutschen Hühnerzucht als eine Aufgabe betrachtet, veranstaltet in der sogenannten großen Landwirthschaftswoche zu Berlin in der Zeit vom 14. bis 18. Februar d. J. eine Reihe von Besammlungen und Sitzungen seiner Anstalt.

**Die Stadtverordneten** von Posen nahmen gegen die Stimmen von vier Polen die bekannten Verträge mit der Staatsregierung wegen des Museums, der Bibliothek und des hygienischen Instituts an, nachdem der Oberbürgermeister Willing erklärt hatte, daß die baldige Eingemeindung der Vororte gescheit sei, da alle staatlichen Instanzen für dieselbe nicht ausgeprochen hätten.

**Der katholische Bischof von Samoa** und der Salomoneninsel, Broger, ist in Begleitung seines Generalsiders in Berlin eingetroffen, um bei dem Kaiser um eine Audienz nachzuwinken. Der Zweck der Reise ist die Begründung eines Klosters für die Marienmönche in Deutschland. Die Aufgabe dieses Marienordens soll die Ausbildung von Missionaren für die vier Diocese Provenzen des deutschen Kolonialgebietes im Samoagebiet sein. In diesem Zwecke flattere Broger bereits dem Bischof Oberbarts von Haderborn einen Besuch ab. Die Gründung der Niederlassung gilt als gesichert.

**Die bayerische Kammer der Abgeordneten** ist wieder zusammengetreten und hat sofort die Verabreichung der neuen Steuer-Gegenstände begonnen.

**Aus den afrikanischen Kolonien.** Einer Meldung aus Urundob-Annamens zufolge, ist der rebellische Hauptling Kataga, welcher dort schon öfter Unruhen anstiftete und auf zwei Missionare einen mißglückten Mordversuch unternommen hatte, von der Schutztruppe gefangen genommen worden.

### Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 8. Februar 1899.  
Abg. Kreitzburg hat sein Mandat niedergelegt.  
Die erste Berathung der Dankgeschnelle wird fortgesetzt.  
Abg. Dr. Schulz (Soz.): Wir sind Freunde jeder Verfassungsänderung, aber nur wenn sie einen Fortschritt auf dem wünschenswerten Wege bedeutet, den wir anstreben. Die Verfassungsänderung der Reichsamt entspricht dieser Bedingung nicht; sie würde nur einem kleinen Interessentengruppen. Die Reichsamt ist allerdings ein notwendiges Resultat des Kapitalismus, den wir bekämpfen, aber wir möchten nicht die Folgen verantworten, die aus einer Lösung der Reichsamt für Handel und Gewerbe entstehen müßten. Ueber die Schwankungen und Schwankungen des Reichsamt machen wir uns keine Sorgen; das sind Reglementsänderungen der Wellenbewegung im wirtschaftlichen Leben. Unter actuellen





